

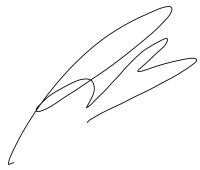
#ABimLandtag
Für Lüneburg, Ostheide und Adendorf
Plenumsausgabe 2 | März 2026



Moin,

im März-Plenum ging es um Themen, die weit über Hannover hinausreichen und auch bei uns in Lüneburg, Adendorf und der Ostheide direkt spürbar sind. Ich habe zum NKiTaG gesprochen, weil Familien, Kinder und Kita-Teams endlich mehr Verlässlichkeit brauchen. Gleichzeitig haben wir über den Schutz jüdischen Lebens in unserer Verfassung, Wahlkreisgrenzen, mehr Sicherheit im digitalen Raum, die Zukunft der gymnasialen Oberstufe und schnellere Verfahren für Investitionsvorhaben beraten. In der aktuellen Stunde haben wir außerdem den Streit um BFS dual aufgegriffen, weil gerade junge Menschen am Übergang in Ausbildung einen klaren Kurs statt neuer Unsicherheit brauchen. Dieser Newsletter zeigt, worum es in diesen Debatten ging, was das für unsere Region bedeutet und wofür wir als CDU stehen.

Ihnen viel Freude beim Lesen.



Anna Bauseneick MdL

Das war im Plenum los

Heute wieder Notbetreuung?



Gerade in Lüneburg, Adendorf und der Ostheide erleben viele Familien im Alltag, was Personalmangel in den Kitas bedeutet. Kürzere Randzeiten, zusammengelegte Gruppen und immer wieder Notbetreuung belasten Eltern, Kinder und die Teams vor Ort. Im Landtag ging es deshalb um das NKiTaG

und um die Frage, ob es bei einer **Fristverlängerung** bleibt oder **endlich echte Verbesserungen** kommen. Für mich ist klar, Eltern brauchen langfristige Planbarkeit, Teams Rückenwind und Kinder verlässliche Strukturen. Dazu gehören eine vergütete duale Erzieherausbildung ab dem ersten Monat, eine frühe verbindliche Sprachstandsfeststellung und der Anspruch, den Fachkräftemangel nicht länger nur zu verwalten, sondern endlich zu lösen. Hören Sie gern in meine Rede dazu rein!

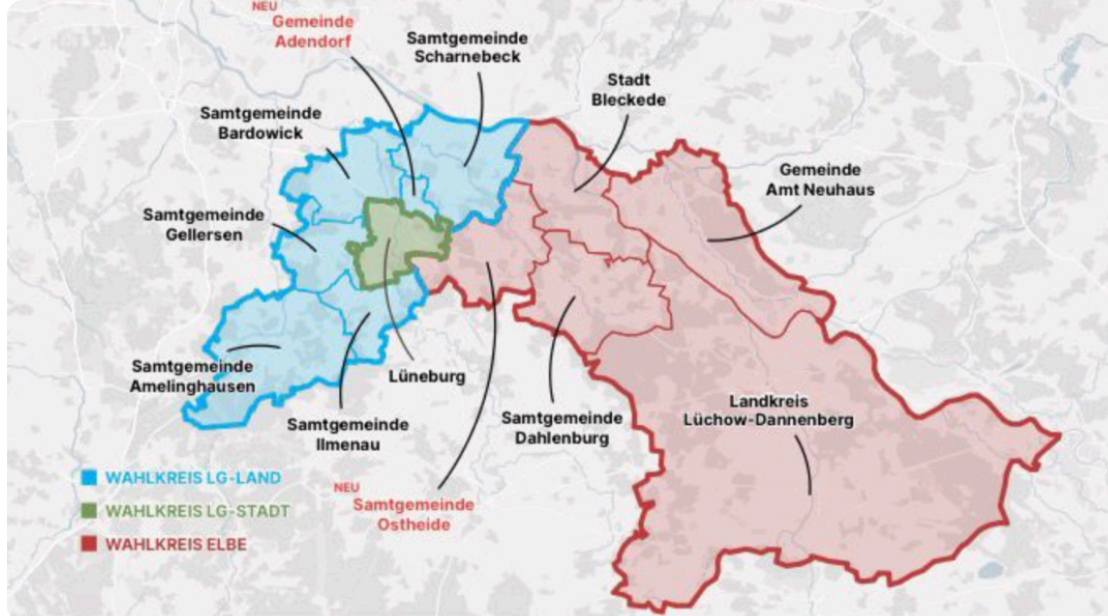
Vorschlag von rot-grün

Wichtige Ergänzung für unsere Verfassung



Im Landtag haben wir die Niedersächsische Verfassung geändert und den **Schutz jüdischen Lebens als Staatsziel** aufgenommen. Das ist ein bewusstes Zeichen – gerade in einer Zeit, in der antisemitische Beleidigungen, Anfeindungen und Angriffe wieder häufiger werden. Es geht dabei nicht um Symbolpolitik, sondern um ein klares Bekenntnis: Jüdisches Leben gehört zu Niedersachsen und soll hier sicher und sichtbar Zukunft haben.

Ergänzung der Verfassung



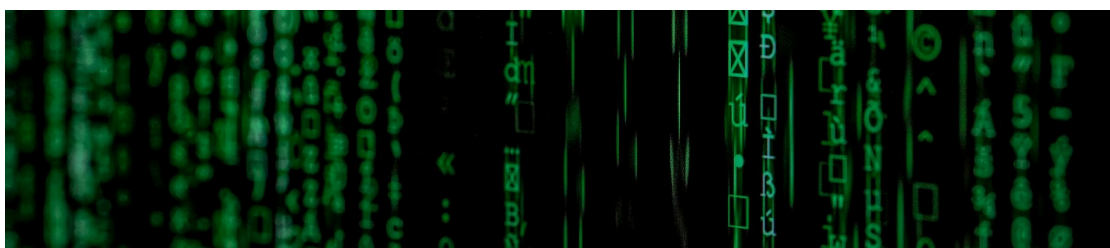
Quelle: Lüneburger Landeszeitung, 05.03.2026

Große Reform, kleine Wirkung

Faire und stabile Wahlkreisgrenzen sind keine Nebensache, sondern eine Frage des Vertrauens in unsere Demokratie. Genau deshalb sehe ich die beschlossene Wahlkreisreform von SPD und Grünen kritisch: Die Zahl der Wahlkreise soll von **87 auf 90** erhöht werden – und damit steigt die Komplexität und das Risiko zusätzlicher Überhang- und Ausgleichsmandate. Schon heute ist der Landtag deutlich größer als vorgesehen; wer das weiter befördert, sorgt am Ende für mehr Kosten und weniger Akzeptanz. Besonders problematisch ist für unsere Region, dass gewachsene Strukturen im Landkreis Lüneburg wieder auseinandergezogen werden sollen. Gerade **Adendorf** ist eng mit der Stadt **Lüneburg** verbunden. Statt Stabilität entsteht so neue Unsicherheit, und genau deshalb lehnen wir diesen Gesetzentwurf ab.

Rot-grüne Wahlkreisreform

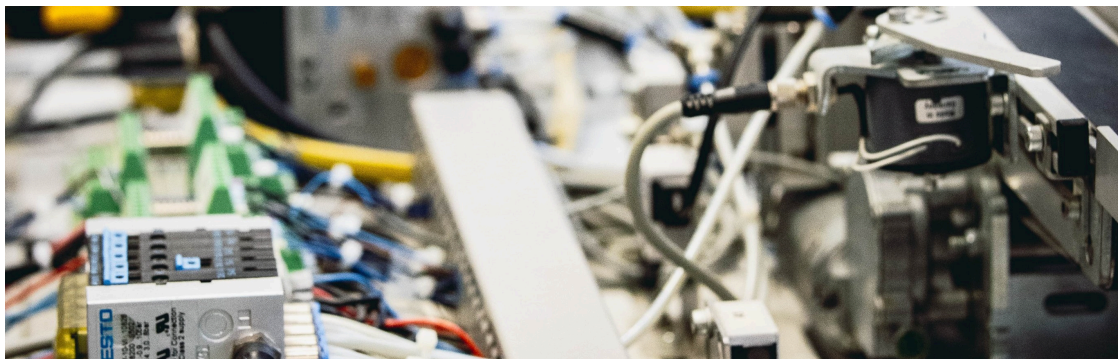
Der digitale Raum ist kein rechtsfreier Raum!



Wir als CDU fordern die Einführung einer rechtssicheren IP-Adress-Datenspeicherung, um schwere Straftaten im digitalen Raum wirksamer verfolgen zu können. Hintergrund sind stark steigende Fallzahlen bei Kinderpornografie und Cybercrime sowie eine stagnierende Aufklärungsquote. Trotz eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs aus dem Jahr 2022, wonach die Speicherung von IP-Adressen zur Bekämpfung schwerer Kriminalität zulässig ist, **fehlt** in Deutschland weiterhin eine **entsprechende Rechtsgrundlage**. Niedersachsen soll deshalb ein angekündigtes Bundesvorhaben zur Mindestspeicherung im Bundesrat unterstützen. Außerdem fordern wir Nachbesserungen beim geplanten niedersächsischen Polizeigesetz, etwa bei strategischer Fahndung, Body- und Dashcams, Tasern, klaren Regeln zur Nutzung von IP-Adressen und einem Helferregister für den Katastrophenschutz.

Speicherung von IP-Adressen normieren

Industrievorhaben in Niedersachsen stärken



Niedersachsen hat kluge Köpfe und innovative Ideen. Doch oft wandern sie ab, weil es bei uns an **politischer Unterstützung fehlt**. Start-ups sind Motoren für neue Jobs, technischen Fortschritt und wirtschaftliche Stärke auch bei uns in der Region. Wenn wir junge Unternehmen halten wollen, müssen wir ihnen den Weg freimachen: weniger Bürokratie, eine erkennbare und stetige Förderung, bessere Finanzierungsmöglichkeiten. Wir als CDU-Fraktion sagen klar: **Innovation darf kein Zufall sein**. Sie braucht politische Unterstützung – dauerhaft und aus Überzeugung.

Stärkung der Industrie

Aktuelle Stunde: Kultusministerin tritt bei beruflicher Bildung auf die Bremse

Berufliche Bildung braucht Verlässlichkeit – genau daran fehlt es gerade bei der BFS Dual.

Mitten im Anmeldeverfahren sendet das Kultusministerium widersprüchliche Signale und sorgt bei Schulen, Betrieben, Eltern und vor allem bei den Jugendlichen für **neue Unsicherheit**.

So schafft man keine Planungssicherheit, sondern eine Warteschleife – und das ausgerechnet am Übergang von Schule in Ausbildung.

Unsere Jugendlichen brauchen Verlässlichkeit statt Zickzackkurs.

Reform der Einführungsphase in der Oberstufe stoppen

Wenn Politik-Wirtschaft ab Jahrgang 11 nicht mehr für alle Schülerinnen und Schüler verbindlich ist, dann wird ausgerechnet in einer Zeit von

Desinformation, Polarisierung und wachsendem Extremismus an der politischen Bildung gespart. Das ist aus meiner Sicht der falsche Weg.

Genauso kritisch ist, dass die zweite Fremdsprache in den Wahlpflichtbereich rücken soll. Auf dem Papier klingt das nach mehr Freiheit. In der Praxis droht aber, dass gerade kleinere Oberstufen viele Angebote gar nicht mehr verlässlich machen können.

Wahlfreiheit ist nur dann etwas wert, wenn es die Wahl auch wirklich gibt. Ein modernes Abitur entsteht nicht dadurch, dass wichtige Fächer an den Rand gedrängt werden, sondern dadurch, dass junge Menschen **stark** gemacht werden für **Studium, Beruf und Demokratie**.

Einführungsphase der Oberstufe

Gastbeitrag



Von Thomas Uhlen

- Mitglied im Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung
- Mitglied im Unterausschuss "Medien"

Niedersachsen kennt viele gelungene Integrationsgeschichten. Menschen kommen zu uns, fassen Fuß, arbeiten, lernen Deutsch, gründen Familien und übernehmen Verantwortung. Diese Beispiele zeigen sehr deutlich: Integration gelingt dort am besten, wo Menschen eine klare Perspektive haben und früh die Chance bekommen, wirklich anzukommen.

Auch in meinem Wahlkreis erlebe ich immer wieder, wie stark Integration dort gelingt, wo Menschen vom ersten Tag an mit anpacken, sich einbringen und Schritt für Schritt ihren Platz in unserer Gesellschaft finden. Daraus sollten wir politische Konsequenzen ziehen - nicht ideologisch, sondern ganz praktisch.

Für uns als CDU ist deshalb klar: Integrationsangebote müssen sich vor allem an diejenigen richten, die dauerhaft in Deutschland bleiben. Wer eine Bleibeperspektive hat, braucht verlässliche Unterstützung - und zwar so, dass Sprache, Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe zusammenkommen. Genau darin liegt der Kern guter Integrationspolitik: klare Prioritäten, wirksame Angebote und ein verantwortungsvoller Einsatz begrenzter Mittel.

Arbeit und Sprache dürfen wir dabei nicht gegeneinander ausspielen.

Natürlich ist Sprache der Schlüssel zur Integration. Aber es gilt eben auch umgekehrt: Wer schnell in Arbeit kommt, lernt häufig schneller Deutsch, findet Anschluss im Alltag und wird Teil unserer Gesellschaft. Integration findet nicht nur im Kursraum statt, sondern auch im Betrieb, im Kollegenkreis und im täglichen Miteinander.

Gerade deshalb unterstütze ich den Ansatz, Menschen mit Bleibeperspektive schneller in Beschäftigung zu bringen und Integrationskurse gezielter einzusetzen. Gleichzeitig müssen wir dort pragmatisch handeln, wo vor Ort ergänzende Angebote nötig bleiben. Niedersachsen hat die Möglichkeit, eigene Schwerpunkte zu setzen und Übergänge so zu gestalten, dass funktionierende Strukturen erhalten bleiben.

Zu einer ehrlichen Integrationspolitik gehört für mich aber noch etwas anderes: Integration ist keine Einbahnstraße. Der Staat muss Chancen eröffnen, Orientierung geben und Integration ermöglichen. Er kann die persönliche Bereitschaft aber nicht ersetzen. Wer dauerhaft in unserem Land leben will, sollte den Willen mitbringen, unsere Sprache zu lernen, sich einzubringen und Teil unserer Gesellschaft zu werden.

Wenn uns dieses Zusammenspiel aus Fördern und Fordern gelingt, stärken wir nicht nur unseren Arbeitsmarkt. Wir stärken auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt - und damit die Grundlage für ein gutes Miteinander in Niedersachsen.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Uhlen

Mehr zu Thomas Uhlen

So erreichen Sie mich

Ich möchte Sie herzlich auf das Angebot des Plenarbesuches hinweisen. Falls Sie Interesse an einem Besuch während des Plenums und einem persönlichen Gespräch mit mir haben, melden Sie sich gern unter: info@anna-bauseneick.de



Anna Bauseneick MdL

Stadtkoppel 16, 21337 Lüneburg

This email was sent to {{ contact.EMAIL }}
You've received this email because you've subscribed to our newsletter.

[Abbestellen](#)

